

Hans-Jürgen Burchardt

DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte
in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Mythos #8

Corona wird im eigenen Land besiegt

Für die erste Coronawelle war unsere alte Weltordnung nicht mehr als eine Sandburg. Der institutionell tief verankerte und lange eingeübte Multilateralismus der Europäischen Union brach blitzschnell zusammen. Grundlegende Prämissen vertrauensvoller Zusammenarbeit wurden über Bord geworfen. Staaten schlossen ihre Grenzen im Alleingang und igelten sich ein. Grenzen, an die man sich im Alltag kaum noch erinnerte, entschieden plötzlich über die Versorgung der Kranken, über Leben und Tod. Es begann ein europa- und weltweiter Konkurrenzkampf um Masken, Beatmungsgeräte und andere medizinische Güter. »Rette sich, wer kann« schien die Devise.

Zusätzlich schoben sich die USA und China in einem peinlichen *Blame Game* auf offener diplomatischer Bühne gegenseitig die Verantwortung für die Pandemie zu. Das rote Telefon, während des Kalten Krieges Synonym für die Bereitschaft, trotz Rivalitäten die schlimmste Katastrophe zu verhindern – man denke nur an die Kubakrise –, schien in Zeiten von Twitter nicht mehr zu existieren.

Die Zusammenarbeit im internationalen System wurde allerdings nicht durch Covid-19 beschädigt, sondern von uns selbst. Das multilaterale Regelwerk war schon vor der Pandemie sichtbar geschwächt. Ein Grund dafür war die seit dem Mauerfall stark von westlichen Vorstellungen und Interessen dominierte Weltordnung. In Demokratie und Wirtschaft schien für alle Zeiten und für die ganze Welt die liberale Gesinnung gesiegt zu haben. Der rasante wirtschaftliche, technologische und militärische Aufstieg von Ländern wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (die sogenannten BRICS-Staaten), die ihren eigenen, nicht immer libe-

Corona wird im eigenen Land besiegt

ralen Logiken und Mustern folgten, wurde lange Zeit ignoriert. Trotz wachsender Ansprüche wurden diese Länder im internationalen System statt zu *Rule Makers* zu *Rule Takers* degradiert. Lauter werdende Rufe nach mehr Teilhabe in der internationalen Politik verhallten. Der liberale Multilateralismus verlor für wichtige Teile der Welt an Zauber.

Internationale Institutionen boten immer weniger eine Arena für Dialog und Kooperation und mutierten zur Bühne von Machtrivalitäten. Die Blockade des UN-Sicherheitsrats bei allen wichtigen Weltfragen war symptomatisch und scheint dauerhaft. Internationale Organisationen wie die UNO, die Welthandelsorganisation (WTO), die Finanzarchitektur des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), aber auch das Klimaregime sind zunehmend gelähmt und handlungsunfähig.

Das hat seine Gründe: Nach dem 11. September 2001 agierte die Außenpolitik der USA deutlich aggressiver. Die EU verkümmerte immer mehr zu einer Beutegemeinschaft, deren so gerne beschworene Werte wie Menschenrechte und Demokratie jenseits ihrer Außengrenzen nicht mehr zu gelten schienen. Globale Probleme wie Ungleichheit, Klimawandel, Einhegung der Finanzmärkte, Abrüstung oder Migration wurden in den letzten beiden Jahrzehnten kaum bearbeitet. Auch die immer wieder geforderte Demokratisierung internationaler und regionaler Organisationen kam nicht voran. Unterstützung für die ärmsten Länder der Welt wie ein Schuldenerlass oder die Einrichtung eines umfangreichen internationalen Hilfs- und Entwicklungsfonds blieb selbst zu Zeiten der letzten Finanzkrise aus. Das erschütternde moralische Versagen der westlichen Welt und insbesondere auch Deutschlands in Afghanistan hat liberale Werte nicht nur in der Außenpolitik völlig unglaubwürdig gemacht.

Durch diese neue Geopolitik wurden die Grundsteine für die vielfältigen Nationalismen gelegt, die in Ländern wie den USA, China, Russland, Indien, Israel, der Türkei, Großbritannien usw. seit dem letzten Jahrzehnt eine unerwartete Renaissance feiern. Die internationale Ordnung beginnt seither, erste Anzeichen einer neuen Großmächtekonkurrenz auszuprägen. Statt Supranationalismus gewannen in der EU nationale Alleingänge (Brexit) an Fahrt, international verregelte Kooperationen wurden durch

»Allianzen der Willigen« oder bilaterale Vereinbarungen ersetzt, die internationalen Organisationen durch schwindende Ressourcen und Austritte geschwächt. Statt Zusammenarbeit regierten Grenzkonflikte, militärische Interventionen (wie in Syrien oder Jemen), Unilateralismus sowie territoriale Expansion (Russland) oder andere Formen der Einflussverweigerung. Immer flankiert von Aufrüstung und garniert von anschwellendem, manchmal eskalierendem Protektionismus.

Das *Global Village*, entstanden durch Digitalisierung, neue Medien und Kommunikation, wirtschaftliche Globalisierung und steigende Mobilität und Transport, war nicht nur eng vernetzt und global. Es verhielt sich mit all seinen Rivalitäten, Angebereien, nationalen Egoismen, sozialen Ungleichheiten und traditionsgesättigten Vorurteilen auch weiter wie ein Dorf. Mitten in diesen für Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit so trüben Zeiten erinnerte Corona die Menschheit daran, wie verletzlich und abhängig wir alle voneinander sind, dass Gesundheitspolitik und Gemeinwohl nicht nur im eigenen Land funktionieren müssen, sondern eine globale Aufgabe darstellen. Wer am lautesten »My country first« schrie, fand als Erstes Gehör beim Virus, wie Hunderttausende von Schwerkranken und Toten mahnen.

Diese Warnung schien anzukommen. Nach dem anfänglichen panischen Schließen von Grenzen und nationalen Alleingängen gab es im Coronajahr 2020 einen kurzen Frühling der internationalen Solidarität. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hatte mit dem *Access to Covid-19 Tools (ACT) Accelerator* eine ambitionierte Struktur mit den wichtigsten globalen Gesundheitspartnerschaften vorgestellt, in deren Rahmen die Impfstoff-, Medikamenten- und Diagnostikentwicklung ebenso wie ihre Beschaffung und Verteilung beschleunigt und koordiniert werden sollten. Eine globale Einkaufs- und Verteilungsgemeinschaft für wirksame Covid-19-Impfstoffe sollte die früheren Wettrennen um Impfstoffe verhindern, bei denen sich regelmäßig die zahlungskräftigen Länder durchgesetzt hatten. Kurz danach riefen die WHO und die Europäische Kommission zum gemeinsamen globalen Fundraising für den Kampf gegen das Coronavirus auf und sammelten beachtenswerte Beträge ein. Die Führungen von Frankreich und Deutschland erklärten Covid-19-Impfstoffe zum

Corona wird im eigenen Land besiegt

»globalen öffentlichen Gut«. Doch mit jedem neuen Erfolg versprechenden Impfstoffkandidaten begann diese anfangs vollmundig angekündigte internationale Zusammenarbeit zu bröckeln. Konkurrenzen und gegenseitige Vorwürfe besetzten das Feld, Patentschutz und Impfnationalismus wurden zum Gebot der Stunde. Die Welt fiel in ihre alten Muster zurück.

Mit zunehmender Impfstoffproduktion begann sich ein Verteilungsmodus zu etablieren, der sich an rein ökonomischen und politischen Präferenzen orientiert. Er wirkt bereits auf das Weltsystem ein. Seine neuen Botschafter*innen betreiben Impfstoffdiplomatie. Die wenigen Industriestaaten bunkerten anfangs über Gebühr ihre Impfstoffe (90 Prozent der Weltproduktion). Zur Illustration: Deutschland kann mit den geordneten Impfdosen seine Bevölkerung mehr als zweieinhalbmal, Kanada sechsmal impfen. Zusätzlich pocht der Westen bis heute darauf, dass seine privaten Pharmakonzerne, hochgepäppelt mit massiven staatlichen Subventionen, ihre Patente auf neue Impfstoffe nur gegen Lizenzgebühren weitergeben. Europa würde gerne zur Apotheke der Welt werden: Impfstoff gegen gutes Geld ja, aber Wissen teilen – bitte nicht. Das führt so weit, dass Impfstoff lieber vernichtet wird, anstatt ihn zu teilen.

Indien, China und Russland versorgen die Länder des globalen Südens und teilweise auch Europas mit großen Gesten deutlich günstiger mit ihren Impfstoffen. Aber nicht ohne Eigeninteressen. Die Auswahl der Begünstigten und die Höhe der Lieferungen zeigen, dass es um den gezielten Ausbau eigener Einflussphären geht. Vor allem der Supermacht China ist es im ersten Coronajahr geglückt, sich weltweit als durchsetzungsstarker Problemlöser darzustellen. »Von China lernen heißt siegen lernen« ist das Motto, das in vielen Ländern Afrikas und auch in Lateinamerika zunehmend auf offene Ohren stößt.

Corona ist in der Weltpolitik angekommen. Auch hier zeichnen sich zwei Wege ab. Zum einen die Verstärkung der Tendenz in Richtung einer nationalistischen, auch darwinistischen Konkurrenz alter und neuer Großmächte: Politik und Wirtschaft deglobalisieren, regionale Entwicklung gewinnt an Einfluss, der Protektionismus wächst. EU und USA beschäftigen sich mit sich selbst, betreiben Nabelschau, und der Rest der Welt fühlt sich von dem Versprechen einer *One World* zunehmend enttäuscht. Nicht

mehr lange! Der zuletzt zu beobachtende außenpolitische Aufbruch autoritärer Machtstaaten, die die liberalen Werte der Freiheit und Gleichheit selbstbewusst und offensiv infrage stellen und auf den Ausbau von größeren Einflusszonen abzielen, gewinnt bereits an Fahrt. Mit der direkten Instrumentalisierung von internationalen Institutionen für die eigene Machterweiterung, dem selektiven Einsatz von Marktmacht und Impfdiplomatie, mit neuen technologisch versierten Methoden der Repression, Propaganda und Bedrohung als Instrumente der Außenpolitik verschieben sie die Achsen im Weltsystem. Weniger Kooperation, mehr Feindseligkeit, mehr (gewalttätige) Konflikte werden das Ergebnis sein.

Das klingt so, als ob die neue Welt recht hässlich wird. Wieder also gibt es gute Gründe, einen anderen Weg zu wählen. Viele Expert*innen sind sich einig, dass vor allem Impfpatente die effektive globale Eindämmung des Coronavirus hemmen. Die Politik des Westens fördert seit Beginn der Impfstoffentwicklung eine künstliche Impfstoffknappheit und hat damit nicht nur in Indien, Südafrika oder Brasilien unzählbar viele Leben gefordert. Das ist kein gutes Argument für eine kooperative Weltpolitik. Stattdessen sollte die Pandemie durch eine konzertierte internationale Zusammenarbeit rasch beendet werden.

Wer eine Weltordnung anstrebt, die statt auf Konflikt und Gewalt auf Kooperation und Frieden setzt, muss darum als ersten Schritt in einer massiven Kampagne die Patente auf die Covidvaccine aufheben und eine koordinierte und faire internationale Impfstoffverteilungspolitik fördern. Patente können töten. Wer sie uneingeschränkt verteidigt, nimmt das billigend in Kauf. Und er trägt die internationale Zusammenarbeit zu Grabe.

Vielleicht deshalb verkündigt die neue US-Regierung 2021, ein von Südafrika und Indien in der WTO angestoßenes und auch vom Vatikan befürwortetes Vorhaben nach einer vorübergehenden Aussetzung des Patentschutzes auf Covidimpfstoffe zu unterstützen. Mit Blick auf die Wirtschaftskraft der USA und die Rechte, die sie an einer Erfindung halten, die als Voraussetzung der modernen mRNA-Impfstoffe gilt, wertete der Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, diesen Schritt als »monumentalen Moment im Kampf gegen Covid-19«.

Die Aussetzung des Patentrechts würde nicht zu einer sofortigen Erhöhung der Produktion und Verfügbarkeit des Impfstoffes führen, wie Kritiker*innen anmahnen. Zu Recht. Mit der Globalisierung ab den 1990er-Jahren wurden staatliche pharmazeutische Produktionskapazitäten in vielen Ländern privatisiert, zerschlagen oder nachrangig in globale private Produktionsketten integriert. So existiert heute ein großer Mangel an internationalen Produktions- und Laborkapazitäten, an Labor- und Transportausrüstungen, an ausgebildetem Personal und Know-how, an der Herstellung von nötigen Rohstoffen oder anderen erforderlichen Zwischenprodukten, die klinischen und hygienischen Standards hinreichend entsprechen. Sind doch nicht nur die Produktion, sondern auch die Reinheit und Qualität des Impfstoffs wichtige Voraussetzungen für seine Wirkung. Die Aussetzung des Patentrechts würde trotzdem die langfristige Produktion ankurbeln. Zuerst in Ländern, die über pharmazeutische Industrie und pharmazeutische Produktionserfahrung verfügen. Für Staaten wie China, Russland, Indien, Südafrika oder auch Kuba sind Patente eine wesentliche Hürde für die Impfstoffherstellung. Ohne sie hätten zahlreiche bestehende Betriebe und Labore bereits in die internationale Impfstoffproduktion eingebunden werden sowie bei der Herstellung und Verteilung helfen können.

Auf genau diese langfristige Perspektive kommt es an: Während reiche Länder wie Deutschland oder die USA bei üppigen Impfpreserven bereits mit Impfmüdigkeit zu kämpfen haben und Vakzine vernichten, müssen in vielen ärmeren Ländern selbst Risikogruppen voraussichtlich noch Jahre auf eine Impfung warten. Nach Auskunft der Vereinten Nationen wurden bis Mitte 2021 75 Prozent aller Covid-19-Vakzine in lediglich zehn Ländern verimpft, vor allem in den USA und Europa, während rund 130 Länder noch nicht eine einzige Dosis erhalten hatten.

So zerfällt die Welt in zwei Impfböcke: einen, in dem flächendeckend geimpft und in dem die Krise scheinbar eingedämmt wird, und einen anderen Block, in dem die Mehrheit der Menschheit lebt, wo Impfstoffe und Medikamente fehlen und das Virus gesundheitliche und wirtschaftliche Erholung noch länger unmöglich macht. Das weltweit wieder ansteigende Elend wäre ein fruchtbarer Nährboden für das Virus.

Achter Schritt: Niemand ist sicher, bis alle sicher sind

Die aktuelle internationale Impfpolitik verfolgt eine Tropikalisierung von Covid-19: Sie macht die Seuche zu einer exotischen Krankheit wie Gelbfieber, für uns weit weg in fernen Ländern, gegen die man sich bei Bedarf impfen und schützen kann. Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen! Solange Corona in lokalen Residuen gedeihen kann, wird es kein Ende der Infektionsgefahr geben. Es können jederzeit neue, aggressivere Mutationen auftreten, gegen die die bisherigen Impfvarianten nicht schützen und die wesentlich ansteckender und tödlicher sind, als die Beta- oder Deltavariante bereits erahnen lassen. Mit einer temporären Patentfreigabe schützen wir nicht nur andere, wir schützen auch uns selbst!

Die Aussetzung des Patentrechts selbst ist ein steiniger und juristisch anspruchsvoller Weg und wird einiges an Überzeugungsarbeit und Kraft brauchen. Die 164 Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO) müssen zustimmen, dass die internationalen Copyrightbestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Und die Impfstoffhersteller selbst müssten kooperieren. Während dieser Abstimmungsphase ist eine niedrigschwellige Lizenzweitergabe in andere Länder, wie sie die WTO-Chefin Ngozi Okonjo-Iweala vorschlägt, ein erster Schritt in die richtige Richtung. Hier könnten von der Politik Zwangslizenzen oder Benutzungsrechte angewiesen werden, die unter bestimmten Voraussetzungen bereits durch internationales Recht gedeckt sind. Die Einrichtung eines globalen Patentpools für die einfache und kostengünstige Handhabung von Lizenzverträgen, angesiedelt bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wäre der nächste Schritt. Die Pharmaindustrie müsste dennoch keine Not leiden. 2019, im letzten Jahr vor Corona, lag der Umsatz auf dem weltweiten Pharmamarkt bei rund einer Billion Euro. Seit der Pandemie explodieren für viele Unternehmen die Gewinne. Dank staatlich langfristig abgesicherter Nachfragen werden sich solche Profite auf hohem Niveau stabilisieren.

Natürlich gibt es mächtigen Widerstand gegen die Aussetzung des Patentschutzes. Doch das wichtigste Argument der Pharmaindustrie wurde bereits widerlegt: dass es ohne Patentschutz keinen hinreichenden

Corona wird im eigenen Land besiegt

Investitions- und Forschungsanreiz für die weitere Medikamenten- und Medizinentwicklung geben wird. Stattdessen sind die nötigen Grundlagen für die zügige Entwicklung der Covidimpfstoffe zum gewichtigen Teil an Universitäten erforscht worden, die mit staatlichen Geldern gefördert wurden. Zusätzlich haben viele Länder durch üppige Investitionen und finanzielle Unterstützungen des Pharma- und Biotechsektors zu Beginn der Krise die schnelle Bereitstellung eines Impfstoffes überhaupt erst ermöglicht. Öffentlich bezahlte Wissenschaftler*innen haben ihn erfunden, die Steuerzahler*innen haben seine Entwicklung finanziert. Überlebenswichtige Medikamente sollten darum Eigentum der ganzen Menschheit sein.

Und genau dieser »ketzerische« Gedanke ist das wirkliche Motiv für die Blockade der Pharmaindustrie sowie das Bremsen der Europäischen Union – und Deutschlands: Die auf mRNA basierenden Vakzine beruhen auf Wissen und Technologien, die nicht nur für die weiteren Covid-19-Varianten vielversprechend sind. Sie haben auch jenseits von Corona Erfolg versprechende Anwendungsbereiche. Vor allem in der Krebstherapie. Krebsbehandlungen werden für die nächsten Jahrzehnte einer der wichtigsten Wachstumsmärkte der Pharmaindustrie sein. Derartige Ausichten möchte man nicht mit China, Indien oder gar Kuba teilen müssen.

Eine solche Haltung erscheint menschenverachtend, ist aber nicht neu: Die WHO schätzt, dass ein Drittel aller Patient*innen weltweit aufgrund hoher Preise und anderer Hindernisse keinen Zugang zu dringend benötigten Medikamenten hat. So sterben trotz des rasanten medizinischen Fortschritts und der Verfügbarkeit von Medikamenten zur Heilung beziehungsweise Behandlung jedes Jahr Millionen Menschen an Krankheiten wie Tuberkulose, Diabetes oder Malaria. Nur ein Bruchteil der medizinischen Forschung befasst sich überhaupt mit den Gesundheitsproblemen, die zwar weltweit viele Menschen betreffen, jedoch von Pharmafirmen nicht als attraktiver Markt betrachtet werden. Die Pharmaindustrie erforscht und entwickelt vor allem Medikamente, die hohe Profite in lukrativen Märkten versprechen. Für gewinnorientierte Privatbetriebe ist dies durchaus legitim.

Wenn aber prosperierende Unternehmen selbst in einer globalen Notlage nicht die ethische Verpflichtung zu außergewöhnlichen Maßnahmen

anerkennen – wie es von jeder/m von uns seit Pandemiebeginn erwartet wird – und nicht bereit sind, wenigstens temporär ihr Gewinnstreben zurückzustellen, da sollten wir einspringen! Wo die unternehmerische Furcht vor einer erschlaffenden Innovation zu groß ist, müssen der Staat und die Gemeinschaft diese Aufgaben selbst übernehmen. Im Kampf gegen die Pandemie müssen wir dafür sorgen, dass Forschung transparent erfolgt, dass freier Zugang zu Wissen, Technologie und Bildung forciert und medizinisches Wissen als Gemeingut der Menschheit betrachtet wird.

Begonnen werden kann mit der Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen, lebensrettenden Medikamente. Wichtig wären dafür neben einer Freigabe von Patenten politische Initiativen zur Verbesserung von Daten- und Preistransparenz in Forschung, Entwicklung und Verkauf, um Wissen breit zugänglich zu machen und Preise fair zu gestalten. Hinzu kommt eine sozialverträgliche Lizenzierung bei allen mit öffentlichen Mitteln geförderten medizinischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Und die Förderung einer lokalen und öffentlichen pharmazeutischen Produktion besonders in den Ländern des Südens durch den Aufbau eigener Produktionskapazitäten sowie die Schaffung leistungsfähiger regionaler Verteilungssysteme für Medikamente und Medizinprodukte.

Ergänzend könnte der im 20. Jahrhundert immer wieder aufgebrachte Vorschlag umgesetzt werden, ein institutionelles globales Früherkennungssystem der Seuchenprävention zu entwickeln, welches Pandemien gar nicht erst entstehen lässt. Alles zu teuer, warnen Expert*innen. Indessen hat ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltbank von Ende 2020 nüchtern durchgerechnet, dass es 500 Jahre dauern würde, bis eine weltweite Prävention so viel kostet wie das, was die Menschheit aufgrund von Covid-19 verliert.

Corona hat uns einen guten Grund an die Hand gegeben, warum eine postpandemische Weltordnung wieder stärker auf Kooperation setzen sollte. Gleichzeitig hat sich das subjektive und das objektive Sicherheitsempfinden des/r Einzelnen und der Gemeinschaft mit Corona gewandelt. Die Covid-19-Pandemie ist nach den Terroranschlägen vom September 2001 und der Banken- und Finanzkrise ab 2007 zwar die dritte weltweite Erschütterung des noch jungen 21. Jahrhunderts. Im Unterschied zu den

vorherigen Krisen ist ihre Reichweite aber erst einmal tatsächlich global, denn sie betrifft Menschen in ausnahmslos allen Ländern der Welt sehr direkt und täglich. Und so verändert sie Perspektiven: Die neuen Grundängste der Menschheit sind Ansteckung, Krankheit, Verarmung oder gar Existenzvernichtung. Das Virus zeigt uns die echten Bedrohungen von heute; dahinter wachsen die Schatten der nächsten Katastrophe.

Es geht nicht um globale Vernunft oder um internationale Gerechtigkeit, es geht um das Überleben der Menschheit.

Der Weltgeist muss dieses neue Verständnis und Befinden, diese von allen erstmals gefühlte und erlebte Praxis des wirklich Globalen aufgreifen und positiv wenden. Internationale Kooperation funktioniert nicht, nur weil sie den Nutzen aller zu erhöhen scheint. Es müssen auch Gegensätze, Ungleichheiten, Leidenschaften, Identitäten und Gemeinschaftsgefühle berücksichtigt werden. Nur wer diese Befindlichkeiten einfängt, kann sie in tragbare internationale Politik verwandeln. Die internationale Zusammenarbeit muss darum das öffentliche Gut der »Sicherheit« breiter interpretieren. Corona erteilt uns eine lehrreiche Lektion, in welche Richtung das gehen muss.

Covid-19 lässt sich nicht erschießen.

Trotzdem wachsen die Rüstungsausgaben seit dem ersten Coronajahr dramatisch an. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI meldete für 2020 einen Anstieg der Rüstungsausgaben auf etwa 1,65 Billionen Euro. Während das globale Bruttonationalprodukt um 4,4 Prozent schrumpfte, kletterten die Militärausgaben um reale 2,6 Prozent. Das ist die höchste Steigerung von Rüstungsausgaben seit der Weltwirtschaftskrise ab 2007. Die größten Treiber dieser Aufrüstung sind die USA, gefolgt von China, Indien, Russland und Großbritannien. Die USA gaben 2020 fast dreimal so viel Geld für ihr Militär aus wie ihre vermeintlichen Rivalen China und Russland zusammen. Die 30 Mitglieder der NATO sind für etwa 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben verantwortlich. Deutschland belegt mit 44 Milliarden Euro Rüstungsausgaben 2020 Platz sieben der weltweiten Rangliste. Dies gelang nur durch eine im EU-Vergleich überdurchschnittliche Steigerung der Militärausgaben von über fünf Prozent! Gleichzeitig hat Deutschland große Mengen Militärgüter nach

Saudi-Arabien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar sowie Algerien geliefert. Länder, die kaum als Hort für die Einhaltung demokratischer Regeln und humanitärer Werte bekannt sind, aber mit großer Energie regionale Konflikte schüren.

Zuletzt lehrte uns Afghanistan, dass man kein Pazifist sein muss, um internationalen Militärinterventionen skeptisch gegenüberzustehen: Allein der US-Militäreinsatz am Hindukusch hat so viel gekostet, wie Afghanistan in 50 Jahren erwirtschaftet. Da hätte man sich in Ruhe hinsetzen, Frieden auspalavern und blühende Landschaften aufbauen können. Stattdessen hungert nach 20 Jahren fast die Hälfte der Bevölkerung, 80 Prozent der Frauen können weder lesen noch schreiben, und nach dem Abzug des US-Militärs kommen die Taliban gestärkt und besser bewaffnet wieder an die Macht.

Das augenscheinliche Scheitern internationaler Militärinterventionen und die Tatsache, dass wir schon vor Corona am Anfang eines neuen Wettrüstens und möglicherweise am Beginn eines neuen Kalten Krieges zwischen den USA und China standen, müssen nicht nur schlechte Nachrichten sein: Es gibt keinen wirtschaftlichen Bereich, der so stark von Steuern finanziert und von der Politik reguliert ist, wie die Rüstungsindustrie. Außenpolitik ist immer auch Sicherheitspolitik. Das Primat der Politik, welches vom Virus wach geküsst wurde, indem es ein neues Bedrohungsszenario schuf, muss nun in eine alternative Sicherheitspolitik münden. Eine Politik, die Sicherheit um die Adjektive »sozial« und »ökologisch« ergänzt. Eine Außenpolitik als Weltinnenpolitik, die statt auf Waffen stärker auf Seuchenprävention, globale Daseinsvorsorge und Klimaziele ausgerichtet ist. Das aktuelle Aufrüsten zeigt uns, in welchem Umfang Ressourcen für solche Ziele problemlos zu mobilisieren sind. Europa und die NATO könnten beispielhaft vorangehen.

Bisher akzeptierte oder tolerierte die Bevölkerung in den meisten Ländern der Welt die Rüstungspolitiken ihrer Regierungen. Damit wurde eine vermeintliche oder reale Sicherheit der Nationen und somit der eigenen Familie gewährleistet. Corona hat das geändert. Jetzt geht es – auch bei der physischen Unversehrtheit der/s Einzelnen – nicht mehr um Schutz und Abwehr durch Waffen. Es geht um soziale Sicherheit. Ja, es soll weiter auf-

gerüstet werden! Ziel soll aber nicht das Militär sein, sondern die Gesundheitssysteme, die Pflegeeinrichtungen, die Daseinsvorsorge insgesamt.

Die von einigen deutschen Politiker*innen vertretenden Positionen, eine weitere Militarisierung der Außenpolitik durch noch schlagkräftigere Armee-Einheiten zu begründen, zeugt darum von wenig Lernfähigkeit und geht in die völlig falsche Richtung.

Übrigens: Den Klimawandel kann man auch nicht wegbomben.

Erforderlich ist heute vielmehr, für eine auf militärische Abrüstung bedachte neue internationale Sicherheitsarchitektur einzutreten. Warum den Aufruf des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres zu einem sofortigen weltweiten Waffenstillstand weiter verhallen lassen? Um danach dem Virus mutig und entschlossen auf Augenhöhe zu begegnen: Eine umgehende Umwidmung der Hälfte der weltweiten jährlichen Rüstungsausgaben für die globale Gesundheitsversorgung und Pandemiebekämpfung könnte das ermöglichen. Wer das Militärische liebt, darf dabei gerne von der Mutter aller Schlachten reden und für den Sieg gegen Covid-19 kämpfen. Hollywood wäre begeistert!

In der internationalen Politik liegt es ebenfalls an uns, den nächsten richtigen Schritt zu tun: Sofortige, niedrigschwellige Lizenzen und die zügige Aufhebung der Patentrechte für Impfstoffe würden nicht nur die Pandemie beenden, sondern gleichzeitig die Überlegenheit internationaler Zusammenarbeit bezeugen. Ein Schuldenerlass und ein globaler Marshallplan für die ärmsten und am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder, wie ihn bereits mehrere internationale Organisationen fordern, sollte schnell folgen. Allein um mit der Coronakrise fertigzuwerden, haben nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Länder des globalen Südens einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 2,5 Billionen US-Dollar. Es braucht ein gemeinsames Finanzierungsprojekt und internationales Vorgehen. Dazu gehören neben einer Regulierung der internationalen Finanzmärkte ein globales Staateninsolvenzverfahren für besonders gefährdete Entwicklungsländer, Steuern für multinationale Unternehmen, die Unterstützung beim Aufbau effizienter Steuersysteme, die Bekämpfung illegitimer Finanzflüsse und die Trockenlegung von Steueroasen sowie die Bereitstellung von Geldern für die Klimaanpassung.

Die einzigen Grenzen, über die wir zu verhandeln haben, sind die Blockaden, die mehr internationale Abstimmung, Integration und Hilfe verhindern.

Leitplanken für eine kluge Außenpolitik:

- ◆ Sofortige, niedrigschwellige Lizenzvergabe und zügige Aufhebung der Patentrechte für Corona-Impfstoffe
- ◆ Einrichtung eines globalen Patentpools bei der Weltgesundheitsorganisation WHO
- ◆ Aufbau eines globalen Früherkennungssystems der Seuchenprävention
- ◆ Verbesserung von Daten- und Preistransparenz für medizinische Forschung, Entwicklung und Verkauf; sozialverträgliche Lizenzierung von öffentlich geförderter Produktentwicklung
- ◆ Förderung einer neuen, auf Kooperation ausgerichteten internationalen Sicherheitsarchitektur, Aufbau einer europäischen Armee; Abrüstung durch die NATO
- ◆ Außenpolitik als Weltinnenpolitik mit Fokus auf Seuchenprävention, globale Daseinsvorsorge und Klimaziele
- ◆ Einleitung eines globalen Marshallplans und Schuldenerlasses für die stark von der Pandemie betroffenen Länder, Einführung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens